

Liebe Milchbäuerinnen und Milchbauern, liebe Interessierte,

Ein größeres Marktgleichgewicht dank der Vorschläge des EMB

Die Vorschläge des EMB haben Wirkung gezeigt. Wir hatten ein verbindliches Programm zur Mengenreduzierung gefordert, damit der Markt aus der großen Milchpreiskrise von 2016 herausfinden kann; wir hatten gefordert, dass die Europäische Union die Gelder, die sie in Form einer Superabgabe in den Jahren 2014-2015 erhoben hat und die sich auf über 1,2 Milliarden Euro belaufen, für diesen außerordentlichen Interventionsplan verwendet.

Auch wenn die Kommission unseren Vorschlägen nicht vollumfänglich gefolgt ist, können wir heute feststellen, dass mehr als 58.000 Betriebe in Europa sie unterstützt haben und die dafür eingesetzten Mittel sehr viel geringer als gefordert waren. Daher können wir mit Fug und Recht behaupten, dass der Plan zum freiwilligen Lieferverzicht sicher dazu beigetragen hat, den Markt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. So beträgt der Preis pro Liter Milch, der im äußersten Norden Europas unter der 20-Cent-Marktlage lag, heute über 30 Cent pro Liter, in einigen Regionen sogar fast 35 Cent pro Liter.

In den nächsten Monaten gilt es, gegen die Auslagerung der eingelagerten Butter- und Milchpulverbestände zu kämpfen. Obwohl wir in ganz Europa noch weit von kostendeckenden Preisen entfernt sind, wird das Milchpulver aus der Intervention freigegeben.

Das European Milk Board organisiert daher am 23. Januar anlässlich des Treffens der Agrarminister in Brüssel eine symbolische Milchpulver-Aktion: „**Milchpulverberge aus Intervention bedrohen Milchpreis - reguläres Kriseninstrument jetzt!**“

Milchbauern aus ganz Europa werden den Ministern vor Augen führen, was ihre kurzsichtige Politik anrichtet!

Wir werden weiter darauf hinwirken, dass die Europäische Kommission und die Agrarminister einen rechtlichen Rahmen für das Marktverantwortungsprogramm schaffen. Angesichts der positiven Erfahrung in diesem Jahr ist ein reguläres Kriseninstrument die einzige Lösung, um den Markt nachhaltig zu stabilisieren.

Roberto Cavaliere, Vorstandsmitglied des EMB und Vorsitzender der APL Italien

EMB Newsletter Januar 2017

- EMB-Aktion am 23. Januar 2017 in Brüssel
 - Nationaler Teil des EU-Hilfspakets - Weg endlich frei für Umsetzung des Mengendisziplinprogramms
 - Was können die europäischen Landwirte von den Ölförderern (OPEC) lernen?
 - Evaluierung des Berichts „Improving Market Outcomes“ der Task Force zu Agrarmärkten
 - Schluss mit internationalen Handelsabkommen
 - Milchproduktion auf Malta
 - EMB Milchpreisvergleich der Länder (August bis November 2016)
 - Landwirtschaft: Schluss mit der „Exportbesessenheit“
- Sie finden uns auch auf Facebook

Contact

EMB - European Milk Board asbl
Rue du Commerce 124
B-1000 Brussels

Phone.: +32 - 2808 - 1935
Fax: +32 - 2808 - 8265

office@europeanmilkboard.org
www.europeanmilkboard.org

EMB-Aktion am 23. Januar 2017 in Brüssel

Die Krise am Milchmarkt ist noch nicht vorbei!

Obwohl wir in ganz Europa noch weit von kostendeckenden Preisen entfernt sind, werden die Pulverberge aus der Intervention freigegeben: **400.000 Tonnen Magermilchpulver kommen dann auf den Markt und werden massiv auf die Preise drücken.**

Das zeigt einmal mehr: Die Intervention löst keine Probleme am Milchmarkt, sondern ist ein Instrument zur Verlängerung der Dauerkrise.

Wir brauchen **JETZT** ein reguläres Kriseninstrument, das an der Menge ansetzt. Dass das funktionieren kann, hat der Erfolg des freiwilligen Lieferverzichts gezeigt.

Kommission und Agrarminister müssen jetzt einen rechtlichen Rahmen für das Marktverantwortungsprogramm (MVP) schaffen! Daher werden wir beim nächsten Treffen der Agrarminister in Brüssel vor Ort sein, um mit einer symbolischen Aktion deutlich zu machen:

Milchpulverberge aus Intervention bedrohen Milchpreis - reguläres Kriseninstrument jetzt!! Gesetzlicher Rahmen für MVP muss her!!

EMB-Aktion am 23. Januar anlässlich des Treffens der EU-Agrarminister in Brüssel

Damit diese Botschaft ankommt, werden wir vor dem Ratsgebäude Milchpulver schneien lassen und deutlich machen, was wir fordern:

- **Kostendeckende Milchpreise und unser Kriseninstrument, das Marktverantwortungsprogramm (MVP), jetzt!**
- **Das Milchpulver aus den Lagern darf nicht auf den Markt geworfen oder in Entwicklungs- und Schwellenländer exportiert werden. Hier wie dort wird damit massiver Schaden angerichtet!**

Die Aktion ist vor dem Gebäude geplant, in dem die Agrarminister tagen. Milchbauern aus ganz Europa sollen den Ministern vor Augen führen, was ihre kurzsichtige Politik anrichtet!

Kommt nach Brüssel und seid bei der Aktion dabei! - Treffpunkt ist 10 Uhr vor dem Ratsgebäude.

Nationaler Teil des EU-Hilfspakets - Weg endlich frei für Umsetzung des Mengendisziplinprogramms

Nach einer wochenlangen Hängepartie trat im Dezember 2016 endlich das Gesetz zum Erlass und zur Änderung marktordnungsrechtlicher Vorschriften sowie zur Änderung des Einkommensteuergesetzes in Kraft.

© wikimedia

Damit können ab Januar 2017 die nationalen Hilfgelder aus dem 2. EU-Hilfspaket in Höhe von insgesamt 116 Mio. Euro in Verknüpfung mit einer zeitlich befristeten Mengendisziplin beantragt werden. Antragsteller dürfen ihre Milchanlieferung zwischen dem 1. Februar und 30. April 2017 nicht ausweiten, Bezugszeitraum ist der entsprechende Vorjahrszeitraum (1.2. – 30.4.2016). Die Beihilfe beträgt mindestens 0,36 Cent pro Kilogramm im Zeitraum 1. Dezember 2015 bis 30. November 2016 angelieferter Milchmenge. Der Beihilfesatz von 0,36 Cent/kg ist abgeleitet von der deutschen Milchanlieferungsmenge in Korrelation mit der Höhe der Hilfgelder. Die aus Brüssel für nationale Hilfsmaßnahmen zur Verfügung stehenden ca. 58 Mio. Euro wurden durch die Bundesregierung verdoppelt.

Sollte die Antragstellung ergeben, dass das Mittelvolumen nicht ausgeschöpft wird, wird der Beihilfesatz entsprechend erhöht. Anträge können voraussichtlich vom 1./2. bis zum 16. Januar 2017 gestellt werden. Antragsberechtigt sind nur Milcherzeuger, die auch am Ende des Beibehaltungszeitraumes (30.4.2017) noch Milch anliefern. Zudem muss die beihilfefähige Menge 30.000 kg übersteigen, ausgeschlossen sind auch Direktvermarkter sowie Erzeuger von Schaf- und Ziegenmilch. Nicht zugelassen ist die Überlassung eines Teils oder des gesamten Milchkuhbestandes während des Beibehaltungszeitraumes an einen anderen Betrieb.

Verknüpft mit dem Beihilfeprogramm sind steuerliche Erleichterungen wie auch ein Bürgschaftsprogramm. Die steuerliche Gewinnglättung und das dafür notwendige Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Einkommensteuergesetzes hat zu dieser immensen Verzögerung geführt. Zunächst sollten auch GmbHs und Agrargenossenschaften nicht in den Genuss von Steuererleichterungen kommen können.

Ein Antrag aus Niedersachsen sah auch eine Verknüpfung der geplanten Liquiditätshilfen mit einer befristeten Reduzierung der einzelbetrieblichen Milchanlieferung vor. Demgegenüber sieht das jetzt beschlossene Gesetz „nur“ ein Verbot einer Ausweitung der Anlieferung im Vergleich zu einem Vorjahreszeitraum vor.

Normalerweise sagt man „was lange währt, wird endlich gut“, dass jedoch die Umsetzung eines Mitte des Jahres in Brüssel beschlossenen Hilfspakets in Deutschland kurz vor Weihnachten immer noch nicht geschafft ist, kein Cent aus dem nationalen Teil auf unseren finanziell ausgelaugten Betrieben ankommen konnte, ist ein Armutszeugnis.

Hans Foldenauer, BDM Deutschland

Was können die europäischen Landwirte von den Ölförderern (OPEC) lernen?

Öl ist ein wertvoller Rohstoff und wird teuer verkauft, worüber die OPEC wacht. Nahrungsmittel sind hingegen für den Fortbestand menschlichen Lebens unerlässlich und werden dennoch zu Preisen verkauft, die noch nicht einmal die Produktionskosten decken. Wie kann das sein?

Die Antwort darauf ist einfach: Die erdölfördernden Länder der Welt wissen, auf welchen Werten sie sitzen, und sind sich immer der Tatsache bewusst gewesen, dass ein einzelnes Land die Preise nicht kontrollieren kann. Deshalb wurde die OPEC gegründet: die Organisation erdölexportierender Länder.

In den letzten Jahren dachten einige erdölfördernde Länder, dass sie das Gesicht des Markts verändern könnten, indem sie ihre eigene Förderung steigern und abseits des Hauptölmarkts operieren. Das Ergebnis war der stärkste Preiseinbruch im Ölmarkt seit langer Zeit. Am Ende waren die Folgen für viele erdölfördernde Länder so dramatisch, dass sie sich wieder zusammengesetzt und auf eine gemeinsame Begrenzung der Förderung verständigt haben. Wie in der Grafik unten zu sehen ist, stiegen die Preise binnen zwei Wochen um fast 10%. Dies zeigt, dass Solidarität einen großen Unterschied bewirken kann: Rohstoff- und Nahrungsmittelproduzenten hängen stark von der Zusammenarbeit ab, um langfristige Rentabilität zu erreichen.

Preistrends für Rohöl nach dem letzten Treffen der OPEC Vergleich Produktionskosten und Milchpreise

Die europäischen Landwirte können es der OPEC gleichtun

Die Landwirte sitzen auf noch größeren Werten als die erdölfördernden Länder, haben aber bisher diese Macht nicht auf die gleiche Weise genutzt wie die OPEC.

Solidarität unter den Erzeugern kann enorme Wirkung auf die Produktpreise haben; wir beobachten einen gewissen Trend bei den Ölpreisen seit dem letzten OPEC-Treffen. Wenn die europäischen Landwirte gerechte Preise für ihre Erzeugnisse wollen, ist dies in einem Weltmarkt nur über Solidarität möglich, denn der einzelne Landwirt hat einfach nicht genug Macht, um eine solche Forderung zu stellen. Selbst ein einzelnes Land hat nicht diese Macht. Die Lösung besteht deshalb darin, es der OPEC gleichzutun und eine starke auf Solidarität fußende Organisation aufzubauen, die Vereinbarungen über Produktions-kürzungen von bis zu 10% schließen und bei Bedarf die Lieferungen derjenigen unterbinden kann, die sich nicht an dieses Solidaritätsgebot halten.

Der vollständige Artikel, wie Solidarität unter den europäischen Landwirten die Milcherzeugung in Europa wieder rentabel machen kann, ist [hier](#) in Englisch nachzulesen.

Evan Erlin, Präsident der Bondesolidaritet Norwegen

Evaluierung des Berichts „Improving Market Outcomes“ der Task Force zu Agrarmärkten

Können die empfohlenen Maßnahmen den Milchsektor stabilisieren?

© Europäische Kommission

Der im November 2016 erschienene Bericht „[Improving Market Outcomes](#)“ der Task Force zu Agrarmärkten gibt Empfehlungen zur Stärkung der Position der Erzeuger in der Wertschöpfungskette. Vor dem Hintergrund der starken Krisen im Milchsektor begrüßt das European Milk Board (EMB) als Vertreter der europäischen Milcherzeuger prinzipiell Empfehlungen zur Verbesserung der Lage.

Inwieweit empfohlene Maßnahmen nun tatsächlich einen Beitrag zur positiven Entwicklung des Sektors leisten können, wurde im vorliegenden Papier analysiert. Dabei wurde auf die wichtigsten Punkte eingegangen. **Die Prüfung hat ergeben, dass die Empfehlungen der Task Force nicht genügen, um den Milchsektor in der EU ausreichend zu stabilisieren.**

Markttransparenz

Positiv ist, dass der Bericht den Ausbau von Markttransparenz adressiert. Allerdings geht er dabei nicht auf ein essentielles Element - die Einbindung der Produktionskosten inklusive einem fairen Einkommen - ein. Auch geht der Bericht irrtümlicherweise davon aus, dass Transparenz allein die Produzenten zu einem marktgerechten Verhalten motiviert. Doch dazu braucht es ergänzende Maßnahmen, wie beispielsweise einen freiwilligen Lieferverzicht, der die passenden Marktreaktionen hervorrufen kann.

Instrumente zum Risikomanagement

Das EMB empfiehlt, dass sich die Task Force hinsichtlich der Instrumente zum Risikomanagement in Bezug auf Agrarpreise stärker mit deren Wirkung auf 1. die Erzeuger und 2. den Markt an sich beschäftigt. So sollten Instrumente dafür sorgen, die Risiken der Erzeuger und damit ihre Einkommensverluste zu mindern. Wichtig ist aber ebenso, dass der Markt durch diese Instrumente stabilisiert und nicht zusätzlich belastet wird. Der Bericht der Task Force trägt diesen beiden Punkten nicht ausreichend Rechnung.

Terminmärkte

Die Nutzung von Terminmärkten als Risikomanagement-Instrument entbindet nicht von der Notwendigkeit, den eigentlichen Markt (Kassamarkt) soweit ins Gleichgewicht zu bringen, dass kostendeckende Erzeugerpreise möglich sind.

Wie die EMB-Analyse und teilweise auch der Bericht der Task Force zeigt, können Terminmärkte unter bestimmten Bedingungen lediglich Preisspitzen und Preistiefs etwas abschneiden, am eigentlichen Preisniveau selbst aber nichts ändern. Ein effektives Abfedern von Preisschwankungen gelingt zudem nur bei positiven Aussichten am Kassamarkt, was besonders im Milchsektor wenig vorkommt. Außerdem sind *kostendeckende* Preise am Kassamarkt kaum zu erwarten, daher kann auch am Terminmarkt keine Absicherung auf solch ein Preislevel erfolgen.

Selbst wenn man die sehr begrenzten Vorteile des Termingeschäftes nutzen möchte: Erzeuger benötigen eine hohe Liquidität und der Handel von Terminkontrakten ist erst ab einer Produktionsmenge von 1 Mio. kg Milch sinnvoll. Damit ist ein Großteil der EU-Erzeuger von dieser Möglichkeit ausgeschlossen. Landwirte sind zudem keine Börsenexperten, das Risiko von Verlustgeschäften ist für sie nicht klein. Terminkontrakte können also nicht als Lösung für die Krise am Milchmarkt betrachtet werden.

EU-weiter Rahmen gegen unfaires Marktverhalten

Einem EU-weiten rechtlichen Rahmen zur Vermeidung von unfairer Verhalten in der Wertschöpfungskette kann zugestimmt werden. Hier muss jedoch unbedingt auch ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb enthalten sein, das den Kauf von Rohstoffen unter Einstandspreis verbietet.

Vertragslandwirtschaft

Wie sich in Frankreich gezeigt hat, ist es mit Verträgen an sich nicht gelungen, die Position der Erzeuger zu stärken. Der Task Force Bericht räumt zunächst auch ein, dass Verträge nur begrenzt dazu in der Lage sind. Er versäumt jedoch, auf folgende Möglichkeiten zu verweisen: Verträge könnten einen wichtigen Beitrag leisten, wenn eine EU-weite Vertragspflicht inklusive der vertraglichen Bindung der Preise an die Produktionskosten existieren würde.

Produzentenorganisationen

Die Task Force liegt mit ihren Beobachtungen richtig, dass die Bündelung der Erzeuger nicht ausreichend vorankommt. Neben der Beseitigung von rechtlichen Unklarheiten, die sie anführt, müssten aber unbedingt noch die folgenden – von der Task Force nicht beachtet – Punkte genannt werden, um die Bündelung zu stärken: Ein Anheben der Bündelungsgrenzen, die Einbeziehung von Genossenschaftsmilch in kollektive Verhandlungen sowie das Setzen von Anreizen zum Anschluss an eine Produzentenorganisation.

Erleichterter Zugang zu Finanzmitteln

Finanzielle Engpässe sind in Krisenzeiten problematisch. Dennoch sollte der Task Force klar sein, dass nicht allein ein erleichterter Zugang zu Finanzmitteln die Lösung sein kann. Außerdem muss sichergestellt werden, dass diese Gelder den Markt nicht zusätzlich belasten, indem sie das Anpassen der Produktion an die Nachfrage verzögern. Zudem machen Überbrückungskredite nur dann Sinn, wenn die Erzeuger in der Lage sind, diese in absehbarer Zeit auch wieder zurück zu zahlen.

Die Ausrichtung der GAP

Behält die GAP, so wie von der Task Force empfohlen, seine aktuelle Ausrichtung bei, wird sich die Ausgrenzung vieler Akteure weiter verstärken. Die GAP sollte sich daher stärker auf ein ausgeglichenes Wachstum konzentrieren. Die EU braucht Impulse, die Bevölkerungsgruppen und Nationen wieder stärker zusammenbringen. In der Landwirtschaft können diese Impulse mit gesetzt werden.

Für den Milchsektor sind dies beispielsweise Instrumente, die den Sektor nicht noch weiter belasten und die es Erzeugern erlauben, ihr Einkommen aus dem Markt zu generieren. Dazu wurde mit dem Einsatz des freiwilligen Lieferverzichts in diesem Jahr ein Anfang gemacht. Notwendig ist jedoch ein reguläres Instrument, das mittels eines rechtlichen Rahmens EU-weit installiert wird.

Dieser gesetzliche Rahmen muss:

1. einen Markt-Index beinhalten, der über die MMO installiert wird;

Dieser Index setzt sich u.a. aus der Entwicklung von Produktnotierungen, Milchpreisen und Erzeugungskosten (Marge) zusammen.

2. Sanktionen ermöglichen;

In Krisenzeiten muss während des freiwilligen Lieferverzichts eine Deckelung der restlichen Produktion stattfinden. Dazu ist die Möglichkeit, Sanktionen anzuwenden, unerlässlich. Denn ohne Deckelung ist die Gefahr sehr groß, dass erreichte Produktionssenkungen durch die Mehrproduktion anderer Erzeuger wieder neutralisiert werden.

3. die Erhebung einer Umlage bei Erzeugern zur Finanzierung des Kriseninstruments ermöglichen.

Mit einer Umlage übernehmen die Erzeuger auch eine finanzielle Verantwortung für das Programm.

Markt beobachten – Krisen vorhersehen und vermeiden!

Schluss mit internationalen Handelsabkommen

© William Taylor

„Unabhängig davon, ob wir noch zwei Jahre oder länger in der EU bleiben oder nicht, stehen die EU und die britische Regierung vor dem gleichen Problem: aktuelle und künftige Handelsabkommen, die es erleichtern, Nahrungsmittel auf dem Altar der Gewinne zu opfern“, erklärt William Taylor, Koordinator des britischen Bauernverbands Farmers for Action (FFA) für

Nordirland.

„Ein aktuelles Beispiel ist Lammfleisch, wo das Vereinigte Königreich den eigenen Bedarf deckt, aber dennoch 35% nach Frankreich, Nordafrika und in andere Länder exportiert, während gleichzeitig eine ähnliche Menge von Tesco und anderen Lebensmittel-einzelhandelskonzernen aus Neuseeland, Australien und anderen Ländern importiert wird, nur um die Gewinne zu erhöhen und die Erzeugerpreise bei uns und im Ausland zu drücken. Das Problem ist, dass die "verantwortungsbewussten" Länder der Welt, die sich beim Klimagipfel in Paris und vor kurzem in Marokko einfanden, dort beschlossen haben, dass eine "dringende" Klimaschutzpolitik keine wahre

Politik sein kann.

Wie kann die britische Regierung angesichts der derzeitigen Klimaschutzpolitik des Vereinigten Königreichs neue internationale Freihandelsabkommen auch nur in Erwägung ziehen, bei denen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zum Opferlamm werden, nur damit des Nachts sich Schiffe mit gleicher Ladung klammheimlich kreuzen? Entweder sind die Klimaschutzpolitik des Vereinigten Königreichs und seine Abkommen mit anderen ‚verantwortungsbewussten‘ Ländern Unsinn (und womöglich unrechtmäßig) oder die aktuellen und künftigen Handelsabkommens unseres Lands sind Unsinn (und womöglich unrechtmäßig). Dies wirft große weltweite Fragen zum rechtlichen Hintergrund des Klimaschutzes auf!

Wenn Theresa May und ihr Team es mit dem Klimaschutz ernstmeinen, dürfen sie uns nicht in die Irre führen und sich an neuen Handelsabkommen beteiligen, ohne vorher den Ursprungsgrundsatz der Isle of Man anzuwenden: Dieser besagt, dass alle im Vereinigten Königreich hergestellten landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorrangig genutzt werden müssen. Erst dann kann eine mögliche Unterversorgung durch Einfuhren gedeckt werden. Diese müssen dann von unseren nächstgelegenen Nachbarländern bzw. der nächstgelegenen Quelle bezogen werden!

Farmers For Action hat nicht die Absicht, tatenlos zuzusehen, wenn scheinheilige Konsorten wie Tesco & Co. den Verbrauchern gegenüber ihr Umweltbewusstsein verkünden, während sie hinter deren Rücken den Turbo einschalten und den Klimawandel verschärfen, indem sie aus reiner Profitgier Nahrungsmittel einführen, die wir bereits ganzjährig im Überfluss haben.

Jetzt ist es an der Zeit, die Politik und den Lebensmitteleinzelhandel beim Klimaschutz und den Handelsabkommen zur Rechenschaft zu ziehen, die dazu dienen, den Planeten in die Knie zu zwingen und die Bauern weltweit in den Bankrott zu treiben.

William Taylor, Farmers For Action

Milchproduktion auf Malta

Malta hat am 1. Januar die EU-Präsidentschaft für die nächsten sechs Monate übernommen - Anlass, um den Milchsektor des kleinsten EU-Mitgliedsstaates zu beleuchten.

© wikimedia

Der Inselstaat Malta hat einen stabilen Milchsektor, der die kontinuierliche Versorgung der 423.000 Einwohner gewährleistet. Angebot und Nachfrage werden im Gleichgewicht gehalten, um Versorgungsengpässe und Übermengen zu vermeiden.

Im Handel dominieren Frischmilchprodukte, von denen viele eine sehr kurze Haltbarkeit aufweisen. Aus wirtschaftlichen Gründen werden fast keine Produkte mit längerer Haltbarkeitsdauer, wie UHT-Milch, Butter oder Milchpulver hergestellt.[1]

Mit dem Beitritt Maltas zur Europäischen Union im Jahre 2004 wurden in einem umfangreichen Investitionsprogramm Milchbetriebe, Molkereien und die Infrastruktur entlang der Lieferkette umstrukturiert und modernisiert. Die überwiegende Mehrheit der Milcherzeuger ist in einer 1958 gegründeten Genossenschaft, der Koperattiva Produtturi tal-Halib Ltd (KPH), organisiert.

Malta hat aktuell 101 Milcherzeugungsbetriebe mit knapp 6.400 Milchkühen, d.h. durchschnittlich 63 Kühe pro Betrieb. Die jährliche Gesamtproduktion beläuft sich auf 41,64 Millionen kg Rohmilch. Im Durchschnitt produziert der maltesische Milchbauer jährlich rund 412.000 kg Milch, der durchschnittliche Ertrag pro Kuh pro Jahr liegt bei 6.532 kg[2]. Die häufigste Rasse ist Holstein aufgrund der guten Anpassung an die Hitze.

Der Milchproduktion werden durch die naturbedingten und strukturellen Einschränkungen Grenzen gesetzt (z. B. begrenzte Ressourcen an Wasser, Land und Boden, Dürre). Die maltesischen Milcherzeuger sind durch den Mangel an heimischem Getreide und anderen Futtermittel-Ausgangserzeugnissen fast vollständig von Futtermittelimporten abhängig.

Der Rohmilchpreis basiert auf einem Qualitätssicherungssystem und liegt mit knapp 50 Cent/kg weit über dem EU-Durchschnitt. Der relativ hohe Milchpreis wird mit den naturgegebenen Nachteilen und den sehr hohen Produktionskosten begründet. Hier schlagen insbesondere die Futtermittelimporte zu Buche. Im Jahr 2012 machten die Kosten für die Einfuhr von Futtermitteln über 80% der gesamten Betriebsausgaben aus[3].

Regina Reiterer, EMB

[1] 2015, Philip von Brockdorff and Gaetano Buttigieg, University of Malta: Sectoral Impact: An Insight into how the Maltese Dairy Sector adapted to EU membership

[2] Eurostat

[3] European Commission Directorate General for Agriculture and Rural Development (2013), EU Dairy Farms Report, 2012, Luxembourg

EMB Milchpreisvergleich der Länder (August bis November 2016)

Bei fast allen für den Vergleich erfassten Molkereien hat sich der Milchpreis im letzten Viertel des Jahres erhöht. Während zum Ende des Sommers noch zahlreiche Betriebe rund um die 20 Cent pro Kilogramm erhielten, stiegen die Preise in mehreren Ländern auf teilweise sogar über 30 Cent.

Dabei betrafen die stärksten Preiserhöhungen die Milcherzeugungsbetriebe aus Deutschland und den Niederlanden. Nur die Molkereien aus Frankreich ließen eine leichte Abwärtstendenz zeigen. In Frankreich kam es aber genauso wie in Italien (hier hielt sich der Auszahlungspreis immer bei 30 Cent oder mehr) in derselben Zeit nicht zu solch extremen Tiefpreisen wie in den anderen Ländern.

Den höchsten Auszahlungspreis gab es im November 2016 in einer deutschen Molkerei mit 35,01 Cent für einen Kilogramm Milch bei 4,0% Fett und 3,4 % Eiweiß. Gemessen ab August 2016 sind die Auszahlungspreise im Vergleich aller Länder über 6 bis hin zu 52 % gestiegen.

Mittlerweile beteiligen sich 20 Betriebe am EMB-Milchpreisvergleich - damit drei Betriebe mehr als noch bei der letzten Veröffentlichung (zwei weitere Betriebe aus Deutschland und ein weiterer Betrieb aus Italien).

Milchpreisvergleich August bis November 2016

Karin Jürgens, Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft (BAL)

EMB Anmerkung: Die Erholungsphase darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Milchviehhalter nach wie vor weit entfernt von kostendeckenden Preisen sind.

Hintergrund: Der [EMB Milchpreisvergleich](#) wurde kürzlich überarbeitet, um eine bessere Vergleichbarkeit der Auszahlungspreise innerhalb Europas zu garantieren. Das aktualisierte Berechnungsschema zeigt nun den Auszahlungspreis sowohl mit als auch ohne molkereispezifische Zu- und Abschläge. Der Standardwert wurde dabei auf 4,0% Fett und 3,4% Eiweiß festgelegt.

Landwirtschaft: Schluss mit der „Exportbesessenheit“

Die EU-Kommission will die Gemeinsame Landwirtschaftspolitik (GAP) bis Ende 2017 reformieren. Die Europaabgeordneten José Bové und Éric Andrieu fordern ein Agrarsystem, das auf Lebensmittelqualität, Arbeitsplätze und Angebotssteuerung setzt.

© European Union 2016 -
source : EP

Auszug aus dem [Interview von EurActiv](#) mit José Bové, dem französischen EU-Abgeordneten der Grünen und Éric Andrieu, ebenfalls aus Frankreich, der im EU-Parlament die französischen Sozialisten vertritt.

Worum geht es bei den Verhandlungen über die neue GAP?

Andrieu: Die GAP hat keinen Realitätsbezug mehr – weder für die Landwirte noch für die Bürger. Jahrelang hat sie ausschließlich ein intensives, an der Produktivität ausgerichtetes Agrarsystem gefördert. Dabei gibt es Alternativen. Wir sollten uns zunächst auf den europäischen Markt konzentrieren und erst dann über die Grenzen hinweg schauen. Denn diese Exportbesessenheit schafft Preisschwankungen.

Uns stehen noch andere Optionen zur Verfügung als die Wiedereinführung von Milchquoten. Das Modell wird jetzt infrage gestellt. Wir sollten etwas verändern. Wollen wir uns wirklich hin zu einem Modell mit 5000-Kühe-Betrieben entwickeln?

Welchen Herausforderungen steht die zukünftige GAP gegenüber?

Andrieu: Wir brauchen einen anderen Ansatzpunkt als Rentabilität. Was ist mit Lebensmittelqualität? Was mit menschlicher Gesundheit? Nährstoffgehalt? Nachverfolgbarkeit? GVOs [gentechnisch veränderten Organismen]? Was ist mit Arbeitsplätzen, der Verbesserung der Qualität des Bodens, des Wassers oder der Luft? Die vorherigen politischen Maßnahmen haben zur Wüstenbildung auf unseren Nutzflächen geführt. Wollen wir, dass unsere Böden lebendig bleiben und Arbeitsplätze schaffen oder nicht?

Welche Schwierigkeiten gibt es beim Verhandlungsprozess?

Bové: Die Mitgliedsstaaten verharren wie auch die Europäische Kommission in ihrer Einstellung, man müsse den Freihandel fördern – und das, ohne eine Vorstellung von den Folgen zu haben oder diese zu analysieren. Dabei ist die Hauptaufgabe der Landwirtschaft, unsere Bürger zu ernähren. Es geht nicht darum, mit Tonnen von Rohstoffen zu handeln. Wir brauchen eine umfassende Vision, die auch darauf abzielt, die Europäer zu ernähren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Wie können wir verhindern, dass sich in den nächsten Monaten noch mehr landwirtschaftliche Krisen entwickeln?

Andrieu: Es müssen mehr Gelder in die kleinen und mittelständischen Unternehmen fließen. So können wir die Qualität des Bodens bewahren, für Beschäftigung sorgen, unser Ackerland schützen...

Bové: Ich denke, wir sollten vor allem das Angebot steuern – über Mengen und andere Instrumente – und Mindestpreise festlegen. Wir können den Landwirten nicht länger weniger zahlen, als ihnen an Produktionskosten entstehen. Der globale Milchpreis hat nichts mehr mit der realen Welt zu tun, sondern wird von einer kleinen Gruppe großer Genossenschaften bestimmt.

Die Verhandlungen werden erst im Frühjahr beginnen. Dennoch scheinen Sie schon jetzt eher pessimistisch...

Bové: Ich hoffe, dass wir wirklich in der Lage sein werden, über die GAP zu diskutieren. Da bin ich mir momentan noch nicht so sicher. Die EU-Kommission misst mit zweierlei Maß. Einerseits sagt Jean-Claude Juncker, dass er unserer Meinung ist, andererseits plant die Kommission jedoch eine Generalüberholung (mit dem Omnibus-Bericht), die die

Spielregeln ohne wirkliche Debatte einfach festlegen würde. Das offenbart wieder einmal genau das bürokratische Europa, das die Menschen so sehr verachten.

Vollständiges Interview

Virginie Énée, EurActiv vom 15.12.2016

Sie finden uns auch auf Facebook

European Milk Board ASBL

Rue de la Loi 155

B-1040 Bruxelles

Tel: +32 (0)2808 1935

Fax: +32 (0)2808 8265

Mail: office@europeanmilkboard.org

Document-URL: <http://www.europeanmilkboard.org>/<https://www.europeanmilkboard.org/deutsch/newsletter-januar-2017.html>